

Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage

- Drucksache 17/2189 -

Wortlaut der Anfrage der Abgeordneten Ernst-Ingolf Angermann, Gudrun Pieper, Jörg Hillmer und André Bock (CDU), eingegangen am 14.10.2014

Wie soll der Bürgerdialog zur Y-Trasse und ihrer Alternativen gestaltet werden?

Nachdem bereits seit Jahren über den Ausbau und die Gestaltung des Schienenkorridors zwischen Hannover und Hamburg bzw. Bremen beraten wird, verkündete Wirtschaftsminister Olaf Lies in einer Pressemitteilung am 29. Juli 2014, dass das Land Niedersachsen einen offenen Bürgerdialog starten möchte. Dadurch soll bereits vor dem Planfeststellungsverfahren der Bevölkerung sowie den Kommunen und Verbänden eine Plattform für einen transparenten Interessenausgleich und einen offenen Dialog geboten werden.

Bezüglich der Ausgestaltung dieses Bürgerdialogs bleiben jedoch Fragen offen, die weder in der Pressemitteilung noch in der Präsentation des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Beantwortung finden:

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Wer wird den Bürgerdialog durchführen?
2. Wer soll am Dialogprozess des Landes teilnehmen?
3. Wo sind Informationsveranstaltungen für die Bürger vor Ort geplant?
4. Wie wird die Einladung der Bevölkerung erfolgen?
5. Hat es bereits Bürgerdialogveranstaltungen gegeben? Wenn ja, wer wurde dazu eingeladen?
6. In welchem Zeitraum sollen die Dialogveranstaltungen stattfinden?
7. Wer nimmt die Evaluation und Bewertung der Ergebnisse vor?
8. Welche Kriterien führen zum Ausschluss einzelner Varianten?
9. Beschränken sich die Bewertungen des Landes im Rahmen des Dialogprozesses und im Rahmen des Raumordnungsverfahrens auf die von der Bahn vorgeschlagenen Alternativen, oder werden weitere Möglichkeiten in Betracht gezogen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 20.10.2014)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- Z3-01424/0020/2189/
Bürgerdialog Y-Trasse -

Hannover, den 24.11.2014

Die Fragen werden namens der Landesregierung wie folgt beantwortet:

Zu 1:

Das Land Niedersachsen hat in Abstimmung mit der Bundesregierung und der Deutschen Bahn die federführende Rolle zur Durchführung des Dialogprozesses zur Y-Trasse und deren Varianten übernommen. Zur Organisation, Vorbereitung und Durchführung dieses Prozesses beabsichtigt das

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW) einen externen Dienstleister zu beauftragen. Die europaweite Ausschreibung ist bereits erfolgt, die Bieter konnten bis zum 27.10.2014 ihre Angebote einreichen. Derzeit werden vom MW die Angebote ausgewertet. Die Auftragserteilung an einen der Bieter soll Anfang Dezember erfolgen. Dementsprechend ist derzeit noch nicht festgelegt, wer den Dialog durchführen wird.

Zu 2:

In den Dialogprozess werden in jedem Fall Wirtschafts- und Umweltverbände, Landkreise, Kommunen und Bürgerinitiativen einbezogen. Zusätzlich werden alle interessierten Bürger die Gelegenheit erhalten, sich umfassend zu informieren und in den Prozess einzubringen. Da in der unter 1. genannten Ausschreibung auch ein Konzept zur Durchführung des Dialogprozesses vorgelegt werden muss, ist die konkrete Ausgestaltung noch offen.

Zu 3 und 4:

Diese Fragen können erst nach Beauftragung und Arbeitsaufnahme des externen Dienstleisters beantwortet werden.

Zu 5:

Nein.

Zu 6:

Die Veranstaltungen zum Dialogprozess sind derzeit im Zeitraum von Januar 2015 bis November 2015 geplant.

Zu 7 bis 9:

Derzeit ist u. a. die Durchführung eines Dialogforums mit noch zu bestimmenden Teilnehmern der unter 2. genannten Interessengruppen geplant. Dieses Forum soll die Y-Trasse und deren Varianten bewerten. Dazu ist es auch erforderlich, die vorhandenen Ergebnisse (Varianten, Nutzen-Kosten-Berechnungen) der Deutschen Bahn und des Bundesverkehrsministeriums zu evaluieren und nach gemeinsamer Festlegung von Kriterien zu bewerten. Das Forum kann bei Bedarf auch entscheiden, ob weitere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden sollen.

Unabhängig davon ist ein eventuell erforderliches anschließendes Raumordnungsverfahren zu betrachten. Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens werden die geeigneten Varianten und Alternativen, die im Zuge der Antragskonferenz mit dem Vorhabensträger erörtert wurden, näher geprüft. Auch in diesem Verfahren wird die Öffentlichkeit eingebunden werden.

Olaf Lies